



Bericht vom Arbeitskreis Europäische Wirtschaftspolitik Bundeskongress in Memmingen, 25.04.2015

Die Arbeitsgemeinschaft Europäische Wirtschaftspolitik (AG EWP) hat sich auf dem Bundekongress in Kiel Ende 2013 konstituiert. Es haben sich in ihr Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, öffentlichen Banken und Ministerien zusammengetan. Die AG hat zwei Ziele:

1. Analyse und Bewertung der Wirtschaftspolitiken von EU und Mitgliedsstaaten
2. Erarbeitung von politische Positionen als Angebot für eine inhaltliche Debatte

Seit 2014 hat die AG EWP den offiziellen Auftrag des Präsidiums als (mitgliederoffene) Bundesarbeitsgemeinschaft der EUD zu arbeiten.

Weitere Einzelheiten befinden sich hier:

<http://www.europa-union.de/aktivitaeten/arbeitsgruppen/europaeische-wirtschaftspolitik/>

Paket oder Päckchen?

Da die AG EWP Forderungen vertritt, die aktuell von der EU-Investitionsoffensive im Junckerplan erfüllt werden könnten, gab Markus Ferber MdEP (1. stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament, Vors. EU Bayern) dazu seinen Input auf Basis der jüngsten Beratungen im Europäischen Parlament. Der Input stand unter der Fragestellung, ob der Junckerplan ein wirklich gutes Pakte schnüre, ob er vielmehr nur ein Päckchen sein würde oder eine Bürde, die wir noch lange zu tragen hätten.

Markus Ferber erläuterte, dass und warum in Europa gegenwärtig eine Investitionslücke in Höhe von 400 bis 700 Mrd € pro Jahr klaffe. Gleichzeitig lägen beispielsweise bei Versicherungsunternehmen Gelder in Höhe von 8,3 Bio € und „warten“ auf eine attraktive Anlage. Die Summe entspricht etwa zwei Dritteln des BIP der EU. Da der Weg über öffentliche Kredite im Wesentlichen versperrt ist, könnte die Mobilisierung dieses privaten Kapitals eine Chance zur Schließung der Investitionslücke darstellen.

Begleitet werden muss die Investitionsoffensive durch die weitere Vollendung des Binnenmarktes. Die Märkte seien für Energie und digitale Netze noch weitgehend abgeschottet und fragmentiert, so Ferber.

Das Europäische Parlament berät derzeit einen Investitions-Mechanismus, der wie folgt ausgestaltet werden soll:

Zunächst werden aus dem EU-Haushalt 16 Mrd € bereitgestellt. Gewarnt wird hierbei, die Mittel aus gut funktionierenden bislang bestehenden Projektöpfen abzuziehen. Zusätzlich stellt die Europäische Investitionsbank (EIB) einen Betrag von 5 Mrd € zur Verfügung. Diese Summe von 21 Mrd € fungiert als Eigenkapital und sichert Bankkredite durch Fonds, (Global-



Bericht vom Arbeitskreis Europäische Wirtschaftspolitik Bundeskongress in Memmingen, 25.04.2015

)darlehen und Bürgschaften ab. Mitgliedstaaten oder die oben genannten Versicherungen können später durch eigene Beiträge dieses Eigenkapital erhöhen.

Auf Basis dieses Eigenkapitals können die EIB bzw. die nationalen Förderbanken eine Kreditsumme bereitstellen, die es um ein n-faches übersteigt. Je nach beantragtem Projekt ist n unterschiedlich hoch. Im Durchschnitt schätzen Fachleute ist $n = 15$, so dass insgesamt ein Investitionsvolumen in Höhe von 315 Mrd € aufwachsen kann.

Zur weiteren detaillierten Ausgestaltung des EU-Investitionsplans müssen noch eine Reihe von Fragen geklärt werden. So wird beispielsweise dem Vorschlag, die EIB solle die Kreditvergabe an reine Bankkriterien koppeln und damit „politische Neutralität“ üben entgegengehalten, dass eine Bewertung von Projekten nach gängigen (bankmäßigen) Marktkriterien die Inanspruchnahme bzw. den Mechanismus der EIB obsolet machen. Es muss also ein gangbarer Weg zwischen Investitionsanshub und nachhaltigem Erfolg gefunden werden.

Legalität oder Funktionalität

In der langen Sicht erfordert das Nachdenken über eine europäische Wirtschaftspolitik die Realisierung des europäischen Bundesstaates. In ihm müssen demokratische Legitimationen, Politik und die Verantwortung der bzw. für den Bürger neu ausgerichtet werden. Hierzu entwickelt das in Berlin ansässige European Democracy Lab Konzepte und stößt Diskussionen an. Der Think Tank wurde von Ulrike Guérot gemeinsam mit Victoria Kupsch gegründet. Und so legte Victoria Kupsch im AK Europäische Wirtschaftspolitik den Finger in eben diese Wunde.

Wirtschaftspolitik hat viele Akteure: Kommunen schreiben Gewerbegebiete aus, Länder bauen Straßen oder fusionieren Landesbanken, Nationen verabschieden Gesetze, Europa vergibt Fördergelder. Steuern können wirtschaftspolitische Instrumente sein und Ausgestaltung und Höhe von Sozialabgaben und –ausgaben haben Wirkungen auf den Arbeitsmarkt. Und nicht zu vergessen die Unternehmen und Konsumenten selbst: sie sind selten nur einzeln abgrenzbare Objekte der Wirtschaftspolitik. Stattdessen entfalten sie, weil sie Subjekte und nicht Objekte sind, eine kreative Souveränität eigener Art, die sich einer mechanischen Steuerungslogik regelmäßig entzieht. Heute ist das Zusammenspiel der Akteure auf ganz unterschiedliche Weise geregelt und demokratisch legitimiert. Aber das demokratisch legitimierte Zusammenspiel kann zu untragbaren Zuständen für die Gesellschaft(en) allgemein und die einzelnen Bürger speziell führen.

Frau Kupsch führte ein Beispiel an, in dem die Kombination von Niederlassungsfreiheit und die Arbeitnehmerfreizügigkeit eines jungen Ehepaares aus jeweils unterschiedlichen Mitgliedstaaten zu erheblichen Schwierigkeiten und bislang ungeklärten Fragen führte: – sie



Bericht vom Arbeitskreis Europäische Wirtschaftspolitik Bundeskongress in Memmingen, 25.04.2015

ist Deutsche, er Franzose. Sie entschließen sich während der Schwangerschaft, aus beruflichen Gründen nach Dänemark zu ziehen und das gemeinsame Kind dort zur Welt zu bringen. Die Frau hat grundsätzlich Anspruch auf Mutterschaftsgeld. Leider ist in Dänemark die Voraussetzung, dass sie 13 Monate Beiträge eingezahlt hat, in Deutschland wird nur an in Deutschland wohnhafte gezahlt – außerdem bekommt das junge Paar die Information von den Behörden zu spät...

Die europäische Wirtschaftspolitik sollte daher mit den Grundfreiheiten der EU-Bürger einerseits und sozialer Verantwortung andererseits einhergehen und nicht parallele (sich ggf. widersprechende) Wege gehen. Andernfalls benachteiligen wir gerade die Menschen, die die Chancen Europas nutzen. Gerade für die wahren Europäer wäre Europa sonst nicht da. Insofern müssen wir auch Lösungen für Detailfragen finden, damit Europa nicht an Legitimität verliert und stattdessen das alltägliche Leben von Millionen ganz praktisch und konkret verbessert wird.

Thomas Kopsch